

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Dr. Marcel Klinge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/23860 –**

Mit Gründergeist aus der Krise – Neue Chancen für junge Unternehmer

A. Problem

Rückgang von Unternehmensgründungen in Deutschland.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/23860 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Andreas G. Lämmel
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Andreas G. Lämmel

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/23860** wurde in der 192. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. November 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der FDP stellt fest, dass die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland seit 2001 stetig sinke. Die Coronakrise begünstige diese Entwicklung weiter. Gleichzeitig strebten gerade junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren die Gründung eines Unternehmens an, realisierten dieses Vorhaben jedoch nur zu einem Bruchteil. Ursächlich hierfür seien nach Auffassung der Fraktion der FDP eine mangelnde schulische Unterstützung sowie bürokratische und rechtliche Hürden. Die junge Generation müsse unterstützt werden, der Gründergeist besonders gefördert werden, auch damit den Folgen der Corona-Pandemie entgegengewirkt werden könne.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung deshalb auf, in enger Abstimmung mit Ländern und Kommunen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Gründer im minderjährigen Alter zu analysieren und zu verbessern. Unterrichtspläne müssten Aspekte des Unternehmertums berücksichtigen, an Hochschulen und Schulen sollten entsprechende Pilotprojekte angestoßen und Gründerinitiativen gefördert werden. Auch sollten Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten dabei unterstützt werden, Gründern günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Unternehmensgründungen in Deutschland sollten insgesamt durch digitalisierte und gebündelte Behördengänge einfacher gestaltet werden und auch finanziell durch die Bündelung von Kapital privater und institutioneller Anleger in einem Zukunftsfonds für Wagniskapital unterstützt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/23860 in seiner 143. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/23860 in seiner 97. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/23860 in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/23860 in seiner 119. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23860 zu empfehlen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Andreas G. Lämmel
Berichtersteller